



Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

## Pressemitteilung

Brüssel / Berlin, 19.06.09

### **Merkels Prüfauftrag Milch wirkt zynisch**

**Es ist alles geprüft. Nur Mengenreduzierung wirkt. Dazu braucht es einen Beschluss**

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben sich mit der existenzbedrohenden Situation der europäischen Milchviehhalter beschäftigt. Doch das Ergebnis ist nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) der Situation vollkommen unangemessen. Auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel haben die Regierungschefs die EU-Kommission beauftragt, die Situation und mögliche Maßnahmen zu prüfen, worüber die Agrarminister erst am 28. September beschließen sollen.

„Dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel die Milch zum Thema des EU-Gipfels gemacht hat, hatte sie den Milchbäuerinnen versprochen, nachdem diese eine Woche lang vor dem Kanzleramt in Berlin demonstrierten. Nun sind die Bauern und Bäuerinnen mit 1.000 Traktoren nach Brüssel gefahren, damit die Regierungschefs über den Milchmarkt nicht nur reden, sondern handeln. Die Forderung war und ist klar und eindeutig: Die Übermengen am Markt müssen durch eine kurzfristige und befristete Rücknahme von 5 % der Milchquoten abgebaut werden. Denn nur durch das Verhindern der weiteren Überproduktion lassen sich wieder kostendeckende und faire Preise erreichen. Den Beschluss dazu hätten die Regierungschefs fassen können und müssen. Das Instrument der Milchmengenbegrenzung ist dafür vorhanden“, so der AbL-Vorsitzende **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf**.

„Doch diesen Beschluss hat Frau Merkel nicht abgefordert, sondern nur einen Prüfauftrag. Gemessen an der Situation auf den Höfen ist das geradezu zynisch. Es erinnert an die Erfahrungen mit dem deutschen Milchgipfel im letzten Sommer. Damals waren klare Zusagen zur Mengenreduzierung gegeben, aber die Umsetzung wurde vertagt auf einen Zeitpunkt nach der Bayernwahl. Die Zusagen endeten nach der Wahl mit einem kompletten Wortbruch im Bundesrat. Nun wollen Frau Merkel und die anderen Regierungschefs der Kommission und den EU-Agrarministern Zeit bis einen Tag nach der Bundestagswahl geben. Offenbar sollen die Milchbauern noch über ein Vierteljahr lang auf diese katastrophalen Milchpreise um die 20 Cent festgelegt werden, um dann zu erfahren, dass die Politik die notwendigen Maßnahmen wieder nicht ergreifen will. Diese Politik ist verantwortungslos. Sie zwingt die Milchbauern und Bäuerinnen zu Notwehrmaßnahmen, mit denen sie die überschüssige Milchmengen selbst vom Markt nehmen“, stellt der AbL-Vorsitzende Graefe zu Baringdorf fest.